Am Scheideweg. Judentum und Kritik am Zionismus

Autor: Judith Butler / **Übersetzer:** Reiner Ansén

Verlag: Campus Verlag, Frankfurt / Main – zur Verlagsseite [3]

ISBN: 978-3-593-39946-1

Hardcover gebunden, 277 Seiten, Preis € [D] 28,90

► Klappentext:

"Kritiker des Staates Israel und seiner Siedlungspolitik geraten schnell unter den Verdacht des Antisemitismus - so auch die prominente jüdische Philosophin Judith Butler. In ihrem neuen Buch geht Butler der Frage nach, wie eine Kritik am Zionismus aus dem Judentum selbst heraus möglich, ja ethisch sogar zwingend ist.

In einer eindringlichen Auseinandersetzung mit Hannah Arendt, Emmanuel Lévinas, Walter Benjamin, Primo Levi und den Palästinensern Edward Said und Mahmoud Darwish entwickelt sie eine neue jüdische Ethik, die sich gegen die von Israel ausgeübte und vom Zionismus legitimierte staatliche Gewalt sowie Israels koloniale Unterdrückung von Bevölkerungsgruppen wendet. Diese Ethik steht ein für die Rechte der Unterdrückten, für die Anerkennung des Anderen und die Infragestellung der jüdischen Souveränität als alleinigem Bezugsrahmen der israelischen Staatsraison.

Aus der Erfahrung von Diaspora und Pluralität heraus plädiert Butler für einen Staat, in dem Israelis und Palästinenser, Juden und Nichtjuden gleichberechtigt zusammenleben." (Campus)

► Inhalt:

Danksagung

Einleitung - Trennung von sich, Exil und die Kritik des Zionismus

Kapitel 1: Unmögliche, unumgängliche Aufgabe - Said, Lévinas und die ethische Forderung

Kapitel 2: Unfähig zu töten - Lévinas kontra Lévinas

Kapitel 3: Walter Benjamin und die Kritik der Gewalt

Kapitel 4: Aufblitzen - Benjamins messianische Politik

Kapitel 5: Ist Judentum Zionismus? Oder: Arendt und die Kritik des Nationalstaates

Kapitel 6: Das Dilemma des Pluralen - Kohabitation und Souveränität bei Arendt

Kapitel 7: Primo Levi für die Gegenwart

Kapitel 8: »Was sollen wir tun ohne Exil?« - Said und Darwish an die Zukunft

Abkürzungen

Anmerkungen

► Leseprobe: Einleitung - Trennung von sich, Exil und die Kritik des Zionismus.

Vielleicht beginnt jedes Buch in einem formalen Sinn mit dem Nachdenken über seine eigene Unmöglichkeit, aber der Abschluss des hier vorgelegten Buches hing davon ab, dass mit dieser Unmöglichkeit gearbeitet wurde, ohne zu einer klaren Lösung zu kommen. Von dieser Unmöglichkeit muss etwas im Text erhalten bleiben, auch wenn es das ganze Projekt ständig in Gefahr bringt. Sollte das Buch zunächst die Behauptung widerlegen, jegliche Kritik am Staat Israel sei faktisch antisemitisch, wurde daraus später eine Meditation über die Notwendigkeit des Verweilens beim Unmöglichen. Ich will das im Folgenden zu klären versuchen, zunächst aber klipp und klar das Risiko benennen, das mit diesem Versuch einhergeht. Sollte es mir gelungen sein zu zeigen, dass man zur Kritik der staatlichen Gewalt, der kolonialen

Unterdrückung von Bevölkerungsgruppen, der Vertreibung und Enteignung auf jüdische Quellen zurückgreifen kann, dann habe ich damit zugleich zeigen können, dass eine jüdische Kritik der von Israel ausgeübten staatlichen Gewalt zumindest möglich, wenn nicht sogar ethisch geboten ist.

Wenn ich ferner zeigen kann, dass durchaus jüdische Werte der Kohabitation oder des Zusammenlebens mit Nicht-Juden zum ethischen Kernbestand des Diaspora-Judentums gehören, dann lässt sich daraus auch ableiten, dass die Verpflichtung auf soziale Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit integraler Teil säkularer, sozialistischer und religiöser jüdischer Traditionen ist. Das sollte nicht weiter überraschen, muss aber inzwischen konsequent betont werden angesichts eines öffentlichen Diskurses, der jede Kritik der israelischen Besatzung, der innerisraelischen Ungleichbehandlung, der Beschlagnahmung von Land und der Bombardierung eingeschlossener Bevölkerungsgruppen (wie im Zuge der Operation Cast Lead), ja der schon Einwände gegen die Einbürgerungsvoraussetzungen in diesem Land für antisemitisch oder antijüdisch erklärt - und zwar nicht im Dienst des jüdischen Volkes und ohne jede Berufungsmöglichkeit auf das, was wir allgemein als jüdische Werte bezeichnen könnten. Anders gesagt: Es wäre schon eine schmerzliche Ironie, wenn der jüdische Kampf um soziale Gerechtigkeit selbst als antijüdisch hingestellt würde.

Gehen wir einmal davon aus, dass ich zeigen kann: Wesentliche jüdische Überlieferungen lassen Widerstand gegen staatliche Gewalt und koloniale Vertreibung und Beherrschung nicht nur zu - sie verlangen sie sogar. In diesem Fall kann ich mich auf ein anderes Jüdischsein berufen als das, in dessen Namen der israelische Staat zu sprechen behauptet. Und ich helfe damit zu zeigen, dass es nicht nur bedeutsame Unterschiede - säkulare, religiöse, geschichtliche - unter Juden gibt, sondern dass es in dieser Gemeinschaft auch aktive Auseinandersetzungen über den Sinn von Gerechtigkeit, Gleichheit und die Kritik staatlicher Gewalt und kolonialer Unterdrückung gibt.

Wäre das alles und hätte ich bis hierhin überzeugend argumentiert, dann wäre damit belegt, dass es bestimmt nicht anti-jüdisch oder gegen-jüdisch ist, die Formen der staatlichen Gewalt zu kritisieren, die der politische Zionismus eingeführt und aufrecht erhalten hat (wozu die umfangreichen Enteignungen der Palästinenser 1948 [4], die Landannexion 1967 und die fortlaufenden Konfiszierungen palästinensischer Grundstücke im Zuge der neuen Grenzbefestigungen und des Siedlungsbaus gehören). Das allein ist schon wichtig, da Israel beansprucht, das jüdische Volk zu vertreten und die öffentliche Meinung zu der Annahme neigt, Juden „unterstützten“ Israel, ohne an ebenfalls jüdische Traditionen des Anti-Zionismus und an die Mitarbeit von Juden in Bündnissen gegen die israelische Kolonialherrschaft über die Palästinenser zu denken.

Gelingt mir das alles, stehe ich jedoch sofort vor einem anderen Problem. Mit der Behauptung, es gebe eine bedeutende jüdische Tradition des Einsatzes für Gerechtigkeit und Gleichheit, eine Tradition, die notwendig zu einer Kritik am israelischen Staat führen muss, eröffne ich eine jüdische nicht-zionistische, ja anti-zionistische Perspektive mit dem Risiko, aus dem Widerstand gegen den Zionismus selbst einen „jüdischen“ Wert zu machen und damit indirekt ethische Ausnahmeressourcen des Judentums zu beteuern. Soll die Kritik des Zionismus jedoch effektiv und substanziell sein, muss dieser Anspruch auf eine Sonderstellung zugunsten fundamentalerer demokratischer Werte zurückgewiesen werden. So wichtig es auch sein mag, jüdische Widerstände gegen den Zionismus aufzuzeigen, erfordert dies doch, kritisch infrage zu stellen, dass ein rein jüdischer Bezugsrahmen - wie alternativ und progressiv auch immer - hier als definierender Horizont des Ethischen ausreicht. Die Opposition gegen den Zionismus verlangt den Bruch mit einem exklusiv jüdischen Denkrahmen der Ethik sowie der Politik.

Jedes legitime Nachdenken über eine politische Lösung für die Region müsste von den gegensätzlichen ethischen und politischen Traditionen ausgehen, die dort das Verhalten, das Denken, die Zugehörigkeitsweisen und die Antagonismen bestimmen. Anders gesagt: Obgleich man ganz gewiss sagen kann, dass es jüdische Grundlagen für eine Kritik der staatlichen Gewalt gibt, die auch legitimerweise auf den Staat Israel selbst anzuwenden sind, bleibt das doch heute ein unvollständiges (obgleich wichtiges) Argument. Würden die Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit in der Bewegung gegen den politischen Zionismus ausschließlich aus solchen Quellen hergeleitet, würden sie sich sofort als ungenügend, ja als widersprüchlich erweisen. Tatsächlich erweitert noch die Kritik des Zionismus, wenn sie exklusiv jüdisch ist, die jüdische Hegemonie im Nachdenken über diese Region und wird gegen ihren Willen Teil dessen, was wir den Zionistischen Effekt nennen könnten. Alles, was die jüdische Hegemonie in der Region erweitert, ist Teil des Zionistischen Effekts, ganz gleich, ob es sich als zionistisch oder antizionistisch begreift oder nicht. Gibt es einen Weg aus dieser Zwickmühle, wenn man zugleich weiterhin den Anspruch Israels bestreiten will, die Juden und das Judentum zu repräsentieren und wenn man weiterhin die Verknüpfung zwischen dem Staat Israel und dem jüdischen Volk, ja den jüdischen Werten, wie sie von vielen immer wieder hergestellt wird, durchtrennen will?

Mich überrascht immer wieder, dass viele Leute glauben, sich zu seinem Jüdischsein zu bekennen bedeute, sich zum Zionismus zu bekennen oder zu glauben, dass jeder, der in die Synagoge geht, auch Zionist sein muss. Ebenso beunruhigend ist, wie viele Leute glauben, das Judentum ablehnen zu müssen, weil sie die Politik des Staates Israel nicht akzeptieren können. Solange der Zionismus über die Bedeutung des Jüdischseins bestimmt, kann es keine jüdische Kritik an Israel und keine Anerkennung derjenigen geben, die jüdischer Herkunft oder jüdischer Prägung sind und das Recht des Staates Israel infrage stellen, im Namen jüdischer Werte oder auch des jüdischen Volkes zu sprechen. Gewiss lassen sich bestimmte Prinzipien der Gleichheit, der Gerechtigkeit und des Zusammenlebens aus unspezifisch ausgelegten jüdischen Quellen herleiten, aber wie soll das möglich sein, ohne diese Prinzipien damit zu jüdischen zu machen und damit andere Ansätze anderer religiöser und kultureller Herkunft und Praxis auszulöschen oder zu entwerten?

Ein Ausweg könnte vielleicht im Nachdenken darüber liegen, was es überhaupt heißt, diese Grundsätze aus jüdischen

Quellen herzuleiten. Die Idee einer solchen Herleitung hat immer etwas Zweideutiges: Wenn die betreffenden Grundsätze jüdische Quellen besitzen, bleiben sie dann im Zuge ihrer Entwicklung und historischen Umgestaltung ausschließlich jüdische Grundsätze oder verlassen sie diesen exklusiven Rahmen bis zu einem gewissen Grad? Wir können noch allgemeiner die Frage stellen, ob die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit, um die es in jeder Kritik am israelischen Staat und an jedem anderen Staat geht, der sich vergleichbarer Ungerechtigkeiten schuldig macht, nicht immer zu Teilen aus unterschiedlichen kulturellen und historischen Quellen stammen und dennoch keiner von diesen exklusiv »gehören«. Zu diesen Quellen können wir die klassische griechische Überlieferung zählen, die französische Aufklärung und die Kämpfe um die Befreiung von der Kolonialherrschaft im 20. Jahrhundert.

In diesen wie in anderen Fällen lässt sich sagen, dass derartige Grundsätze aus ganz spezifischen kulturellen Quellen hergeleitet sind, aber das bedeutet keineswegs, dass sie ausschließlich einer einzigen Tradition entstammen. Um überhaupt einen Gerechtigkeitsbegriff aus einer spezifischen Tradition herleiten zu können, muss er Spielraum besitzen, um aus dieser Tradition auszuscheren und seine Anwendbarkeit außerhalb seines Herkunftsrahmens unter Beweis zu stellen. In diesem Sinn ist die Loslösung von der Tradition Vorbedingung jeder Tradition mit starken politischen Grundsätzen. Das Dilemma liegt also auf der Hand: Beruft sieb die Kritik staatlicher Gewalt auf Prinzipien oder Werte, die letzten Endes exklusiv oder von Grund auf jüdisch in einem religiösen, säkularen oder historischen Sinn sind, dann wird das Judentum zu einer privilegierten kulturellen Ressource und bleibt der jüdische Bezugsrahmen der einzige privilegierte Bezugspunkt der Kritik staatlicher Gewalt. Übt man diese Kritik aber, weil man gegen die Grundsätze jüdischer Souveränität ist, die diese Region, das historische Palästina, beherrschen, und weil man für ein Ende der Kolonialherrschaft im Westjordanland und Gaza und für die Rechte der über 750.000 Palästinenser eintritt, die 1948 und dann durch immer weitere Landbeschlagnahmungen gewaltsam vertrieben wurden, dann tritt man damit für eine Politik ein, die die Belange sämtlicher Bewohner dieses Landes gleich und fair berücksichtigen würde.

In diesem Fall hätte die Behauptung gar keinen Sinn, es seien spezifisch jüdische Bezugspunkte, die eine Grundlage der politischen Kohabitation, ja der doppelten Nationalität innerhalb eines Staates bieten können, denn es geht ja gerade um die Entwicklung eines politischen Ansatzes, der nicht nur eine Vielfalt von Bezugsrahmen zulässt, sondern zudem für einen Binationalismus eintritt, der überhaupt erst nach dem Ende der Kolonialherrschaft denkbar wird. Statt für einen simplen Multikulturalismus plädiere ich dafür, dass die weitreichende und gewaltsame Hegemonialstruktur, die der politische Zionismus diesem Land und seiner Bevölkerung aufzwingt, beendet wird und an seine Stelle eine neue Politik tritt, die den Siedlerkolonialismus aufgibt und komplexe und antagonistische Formen des Zusammenlebens vorsieht und damit eine Alternative zum desolaten Binationalismus bietet, wie er derzeit praktiziert wird.

Ebenso wie man sich gegen die hegemoniale Kontrolle des Judentums durch den Zionismus wehren muss, muss man sich auch gegen die koloniale Unterdrückung wehren, die der Zionismus dem palästinensischen Volk gebracht hat. Tatsächlich würde man sich um den erstgenannten hegemonialen Zug (Judentum= Zionismus) gar nicht weiter kümmern, ginge es nicht vorrangig um ein Ende der Unterdrückung. Wie bewegt man sich hier am besten an beiden Fronten zugleich? (**Autorin** / **Campus-Verlag**)

► Informationen zur Autorin Judith Butler:

Judith Butler (* 24. Februar 1956 in Cleveland) ist eine US-amerikanische Philosophin und Philologin. Sie ist Professorin für Rhetorik und Komparatistik an der University of California, Berkeley. Ihre sozialwissenschaftlich-philosophischen Arbeiten werden dem Poststrukturalismus zugeordnet.

Judith Butler wuchs in Cleveland, Ohio auf. Ihre Eltern, eine Wirtschaftswissenschaftlerin ungarischer Herkunft und ein Zahnarzt aus Russland, waren praktizierende Juden und politisch engagiert. Sie besuchte eine jüdische Schule, erlernte die Hebräische Sprache und nahm Unterricht in jüdischer Ethik, den sie als ihre erste philosophische Schulung bezeichnete. Mit vierzehn Jahren las sie philosophische und theologische Schriften, unter anderem von Baruch de Spinoza, Martin Buber, Paul Tillich, John Locke und Montesquieu.

Butler lebt mit der Politologin Wendy Brown zusammen. Sie ist Mitglied der Kehillah-Synagoge im kalifornischen Oakland. Neben einigen anderen Auszeichnungen, wurde Judith Butler im September 2012 der Theodor-W.-Adorno-Preis der Stadt Frankfurt verliehen. Sie ist die erste Frau, die diese – seit 1977 bestehende – Auszeichnung erhielt. (detailiertere Infos bei Wikipedia [5])

► **Fotonachweis:** Adorno-Preis 2012. Judith Butler, in der Frankfurter Paulskirche / Quelle:Wikipedia [5], veröffentlicht unter CC-Lizenz [6]

Wer mit der englischen Sprache vertraut ist und ein informatives Interview mit Judith Butler nachlesen möchte, kann dieses auf der US-amerikanischen Politikmagazin **counterpunch** tun. Mit der Philosophin Butler sprachen CIHAN AKSAN und JON BAILES. Bitte weiterlesen [7]

Herzlichen Dank an Evelyn Hecht-Galinski für die Info über die Veröffentlichung des Buches als Neuerscheinung im Oktober 2013 und den Hinweis auf das oben erwähnte Interview.

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/am-scheideweg-judentum-und-kritik-am-zionismus-judith-butler

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/2415%23comment-form
[2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/am-scheideweg-judentum-und-kritik-am-zionismus-judith-butler
[3] http://www.campus.de/
[4] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/die-nakba-das-unrecht-das-mit-der-israelischen-Staatsgruendung-einherging
[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Judith_Butler
[6] http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en
[7] http://www.counterpunch.org/2013/10/11/an-interview-with-judith-butler/